

Bezug auf die historische Entwicklung, wie sich die Streckensätze gebildet haben, gesagt hat, das trifft ja bei dem gegenwärtigen System im Allgemeinen nicht zu, ja das trifft sogar bei dem Rest nicht mehr zu, den mir von dem alten Werthtarifirungssystem in den jetzigen Specialtarif- und Ausnahmetarifclassen noch haben; denn auch da sind ganz bestimmte neue Grundsätze hinzugekommen, die auf Calculation beruhen. Ganz besonders trifft dies aber nicht zu bei den aus anderen Systemen herübergenommenen allgemeinen Wagenladungs- und Stückgutsätzen; diese müssen auf dem Grunde bestimmter Calculationen beruhen, die sich auch darstellen lassen. Ich glaube also, daß darin eine Widerlegung des Anverlangens durchaus nicht zu erblicken ist, welches ich gestellt habe. Ich bin ja aber in dieser Beziehung ganz vorsichtig zu Werke gegangen, ich will der königl. Staatsregierung nichts Unbilliges zumuthen, ich habe und zwar nicht bloß nach der gegenwärtigen Situation auf diesem Landtag, sondern auch im Allgemeinen wegen der immerhin mit der Sache selbst verbundenen Schwierigkeit davon abgesehen, schon auf dem gegenwärtigen Landtag die Erledigung zu verlangen, und auch für diesen Punkt bis zum nächsten Landtag Frist gegeben. Bis dahin aber, glaube ich, kann die königl. Staatsregierung recht gut es vollständig zur Ausföhrung bringen, zumal es ganz in ihr Ermessen gestellt ist, ob sie eine Darstellung der allgemeinen zu Grunde gelegten Principien für genügend erachten will; denn es ist von „Grundzügen und Calculationen“ die Rede. Ich glaube also, daß durchaus ein begründetes Bedenken gegen den Antrag nicht vorhanden ist. Auf der anderen Seite hingegen würden wir fortwährend im Finstern tappen, würde uns die Möglichkeit einer Einwirkung auf diesen höchst wichtigen Zweig unseres Staatslebens verschlossen sein, wenn wir nicht eine Aufforderung dieses Inhalts an die königl. Staatsregierung stellten. Ich muß nochmals wiederholen: ich glaube, es liegt das im Interesse unseres constitutionellen Lebens überhaupt; ein großer Theil unserer constitutionellen Rechte würde uns geradezu unter den Händen entschwinden, wenn wir nicht wenigstens in Bezug auf diese Fragen von der Staatsregierung uns stets im Laufenden erhalten ließen über die dabei maßgebend gewesenen Grundsätze, — und dazu möchte ich für meinen Theil die Hand nicht bieten.

Herrn Dr. Heine gegenüber muß ich noch bemerken, daß, wenn ich auch nicht ganz speciell darauf eingehen will, was die mir selbst unliebsame Verzögerung in der Berichterstattung veranlaßt hat, er jedenfalls nicht günstiger in dieser Beziehung weggekommen sein würde, wenn der Antrag damals angenommen worden wäre, der von dem Herrn Vicepräsidenten Streit gestellt und von vielen Seiten unterstützt worden war: den Gegenstand

statt zur Schlußberathung an die Finanzdeputation zu verweisen; denn dann würde er jedenfalls nicht eher, sondern höchstens in Verbindung mit dem Bericht über das Eisenbahnwesen gekommen sein, also noch später, als gegenwärtig. Ich bedauere sehr, daß wir nicht eher vor die Kammer mit den Unterlagen zur Schlußberathung gekommen sind; aber ich glaube, für den gegenwärtigen Landtag würde es, auch wenn wir vier Wochen eher gekommen wären, zu einem anderen Resultat nicht geführt haben, als die heutige Schlußberathung.

Präsident Haberkorn: Der Herr Abg. Dr. Heine hat erklärt, daß er seine Anträge unter Nr. 127 zurückziehe.

Abg. Dr. Heine: Infolge der Erklärung des Herrn Staatsministers.

Präsident Haberkorn: Der Herr Referent!

Referent Uhlemann: Meine Herren! Ich habe Nichts weiter hinzuzufügen; nur gegen die letzten Worte des Herrn Correferenten, daß er eine Schädigung des constitutionellen Rechtes darin finde, wenn diese Grundsätze nicht mitgetheilt wären, will ich mich wenden. Ich glaube kaum, daß das in Frage sein kann, daß ein derartiger Antrag darauf einwirken kann oder ein Unterlassen die constitutionellen Rechte schädigen könnte. Denn, meine Herren, theilweise sind uns die Hände gebunden, es ist Reichssache; theilweise würden wir auch dann viel andere Regelungen von irgendwelchen Sätzen noch uns müssen geben lassen, nicht bloß in Eisenbahnfragen. Ich wiederhole, meine Herren, treten Sie dem Antrag des Herrn Correferenten nicht bei; es verursacht der königl. Staatsregierung sehr viel Arbeit und bringt für uns keinen Nutzen, und ich glaube, wir sollen doch auch darauf sehen, daß unnütze Arbeit, die ein Resultat nicht direct ergiebt, nicht von uns verlangt würde.

Präsident Haberkorn: Der erste Antrag der beiden Herren Referenten lautet:

„Die Kammer wolle beschließen:

an die königl. Staatsregierung das Ersuchen zu richten, jedem Landtage bei dessen Zusammentritt eine möglichst übersichtliche Zusammenstellung der auf den königl. sächsischen Staats-Eisenbahnen und unter sächsischer Verwaltung stehenden Privat-Eisenbahnen zur Anwendung kommenden Local- und Verbandstarife, beziehungsweise der seit dem vorhergehenden Landtage in diesen Tarifen eingetretenen Veränderungen mit den erforderlichen Erläuterungen mitzutheilen.“

„Beschließt dies die Kammer?“

Einstimmig: Ja.